

RZ v. 30.01.2023

Analyse: Das deutsch-französische Verhältnis im Blick

Gesellschaft für Sicherheitspolitik beschäftigt sich zum 60-jährigen Bestehen des Elysee-Vertrags mit der Politik des Nachbarlandes

Von Jochen Tarrach

■ **Bad Neuenahr.** Am 22. Januar 1963 wurde von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle der sogenannte Elysée-Vertrag, eine Vereinbarung über die deutsch-französische Zusammenarbeit, unterzeichnet. Aus ehemaligen Feinden sollten nach den zwei Weltkriegen endlich Freunde werden. Das war das Ziel des Vertrages. Obwohl die allgemeine politische Diskussion derzeit von ganz anderen Themen überlagert wird als vom deutsch-französischen Verhältnis, war es für die Sektion Bad Neuenahr-Ahrweiler der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) doch der Anlass, sich fast auf den Tag genau 60 Jahre nach Vertragsabschluss mit der Innenpolitik unseres Nachbarstaates Frankreich und seinem Verhältnis zum wiedervereinigten Deutschland zu beschäftigen.

Nicht immer scheinen Frankreich und Deutschland heute an einem Strang zu ziehen. Oder scheint das nur so? Es waren gut 100 Interessierte, die sich im Hotel am Weinberg in Bad Neuenahr ein-

fanden oder per Internet zuschalteten, um die Ausführungen von Professor Dr. Joachim Schild zu hören. Schild ist Politikwissenschaftler an der Universität Trier und hat dort die Professur für vergleichende Regierungslehre mit Schwerpunkt auf der Politik der Europäischen Union sowie der fünften französischen Republik inne.

Nicht immer war der Elysée-Vertrag ein Selbstläufer, und es be-

durfte auf beiden Vertragsseiten großer Anstrengungen, die unglückliche Vergangenheit zu bewältigen. Ein Aufatmen ging durch Deutschland und Europa, als der französische Präsident Emmanuel Macron im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 24. April 2022 mit mehr als 58 Prozent der Wählerstimmen gegen die Rechtspopulistin Marie Le Pen, auf die 41,46 Prozent entfielen, siegte.



Begrüßt von GSP-Sektionsleiter Josef Schmidhofer referierte Prof. Dr. Joachim Schild (links), Politikwissenschaftler an der Universität Trier, über Präsident Macrons zweite Amtszeit in Paris.

Foto: Jochen Tarrach

Allerdings konnten Macrons Partei und ihre Bündnispartner keine stabile und verlässliche Mehrheit in der Nationalversammlung erringen. Mehr als 40 Sitze fehlen zur absoluten Mehrheit. Wie kann der wiedergewählte Präsident unter diesen Bedingungen seine innenpolitischen, wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen durchsetzen? Welche Auswirkungen haben die Wahlen auf seine Außen- und Europapolitik und die Beziehungen zum wichtigsten Partnerland, der Bundesrepublik Deutschland? Das waren die Fragen, die es an diesem Abend von der GSP zu behandeln gab.

Das Fazit von Prof. Schild gleich vorweg: Trotz gelegentlicher Spannungen ist und bleibt die deutsch-französische Partnerschaft zentraler Eckpunkt – auch der französischen Europapolitik. Die außenpolitische Machtstellung Macrons ist durch die Stimmenverteilung in der Nationalversammlung nur wenig beeinträchtigt, da es immer wieder gesetzliche Wege gibt, auch dort seine Ziele durchzusetzen.

Das macht es aber innenpolitisch schwer, zum Beispiel die unpopuläre Rentenreform durchzu-

setzen. So hat sich in Frankreich ein Regieren von oben nach unten durchgesetzt. Parteien haben in der Politik weitgehend ihre Bedeutung verloren.

Auch militärisch ist Macron kein Zauderer. „Während in Deutschland noch über 5000 Helme diskutiert wurde, hat Frankreich bereits Waffen an die Ukraine geliefert“, so der Referent. Besonders die Rüstungsk Kooperation mit der Bundesrepublik hat immer wieder zu Verstimmungen geführt. Während in Paris der Präsident die Richtung angibt, muss in Berlin jedes gemeinsame Projekt erst lange kontroverse Diskussionen im Bundestag überstehen. Beispiel: Erlaubnis zum Export von Waffen, wie jetzt beim Leopard-Panzer. Schwer auch das Finden von Gemeinsamkeiten bei einer gemeinsamen Luftverteidigung. Das hat nach Worten von Prof. Schild zu einem Überdenken bei gemeinsamen Projekten geführt. Trotzdem bleibe die Zusammenarbeit beider Länder weitgehend unerschütterlich, denn weder Deutschland noch Frankreich hätten eine Alternative, und die Zielsetzungen des Elysée-Vertrages seien heute so aktuell wie 1963.